

Sagen, was Sache ist.



Wir sind Europa!

s Rote Füchse

www.spd-ehingen.de

Nr. 195

erscheint monatlich

1. Februar 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

„Wer [grundsätzlich] gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.“  
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

## Kaum ein anderes Land betreibt Aussonderung so konsequent

Carol Latschar-Keßler

Es wird viel über das Zusammenleben mit unseren Mitbürgern geredet. In diesem Zusammenhang fiel mir folgender Beitrag in dem Magazin für selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Körperbehinderung, **LEBEN UND WEG**, Juni 2009, auf. Hierbei geht es um die **UN-Behindertenrechtskonvention**.

„Allgemein bringt die Konvention mehrere Fortschritte: Sie verspricht allen Menschen 'individuelle Autonomie', also die Entscheidungsfreiheit für die jeweiligen Lebensperspektiven, und die 'Inklusion', die allerdings in der deutschen Literatur hier und da schon wieder mit der alt-hergebrachten 'Integration' vermischt wird. Und das, obwohl dieser Begriff in den letzten Jahren immer seltener Bezug zu behinderten Menschen hatte,

sondern zunehmend bei Menschen mit Migrationshintergrund verwendet wird.

Im Grundgedanken unterscheiden sich Inklusion und Integration ganz erheblich: Integration will etwas zusammenführen, was – aus welchen Gründen auch immer – getrennt ist, und enthält mehr oder weniger stark die Forderung nach Anpassung an die Mehrheit. Inklusion kann also zum Zuge kommen, wenn

### Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!  
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte |
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 Gruß zum neuen Jahr
- 6 Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- 7 Über das Leben des Friedrich Ebert
- 8 Erläuterung zum Spendenaufruf
- 9 Haushaltsrede im Kreistag
- 10 Damals im Februar
- 12 Gemeindebuch Griesingen
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...  
(A)bgestimmt - wie?  
Neujahresempfang St. Franziskus
- 15 Unnötiger Lärm um den Lärmschutz?
- 19 Haiti - eine traurige Geschichte
- 22 Entdeckt die jetzige Regierung ihr soziales Gewissen ...?
- 24 Termine, Hinweise u. a.

Aus aktuellem Anlass wird  
in dieser Ausgabe  
das neu erschienene  
"Gemeindebuch Griesingen"  
in Text und Bild vorgestellt.

weiter auf Seite 3 →→→

Adress-  
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



## Liebe Leserinnen und Leser!

Seit Anbeginn geht 's Rote Füchse auch an den Parteivorstand. Von diesem erhielten wir dieser Tage ein E-Mail folgenden Inhalts:

"Lieber Genosse Dorner, herzlichen Dank für die Übersendung Eures Roten Füchses. 194 [Rote Füchse] habt Ihr schon herausgegeben, das ist echt ordentlich. Unsere Erfahrungen zeigen, dass Stadt(teil-)zeitungen gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden und ein sehr gutes Instrument sind, auch wenn es sehr arbeitsaufwendig ist. Das ist eine tolle Leistung.

Herzliche Grüße und weiter so in diesem Jahr ..."

Und noch ein Mail kam aus

Berlin: "... möchte ich gerne Deiner Bitte nachkommen und kurz aufschreiben, wie wir im Willy-Brandt-Haus mit Eurer SPD-OV-Zeitung umgehen.

Im Referat Parteiorganisation wird die elektronische oder Printzeitung gesichtet. Bei Interesse z.B. an inhaltlichen Berichten, regionalen Meldungen, OV-Aktionen, OV-Typischem, politischen Meinungen u.a. werden diese als Anregung in die politische Diskussion und Planung des Parteivorstands mit aufgenommen.

Danach wird die Zeitung im Archiv ausgewertet, dort vorübergehend aufgehoben und zur langfristigen Archivierung an die Friedrich-Ebert-Stiftung weitergeleitet.

Das Archiv verwendet Mitteilungen aus den SPD-Zeitungen seinerseits für andere Parteizeitungen, Texte für Jubiläen von Politikern, Passagen zu bestimmten politischen Ereignissen oder Veranstaltungen etc.

Du siehst, Eure Arbeit wird hier gesehen und gewürdigt.

In der Politik ist es wichtig nicht nur Gutes zu tun, sondern es auch öffentlich zu machen. Pressearbeit, Bürger-sprechstunden, Internetauftritte und Ortsvereinszeitungen sind hierfür optimale Mittel. Uns ist bewusst, dass dies ehrenamtlich eine große Herausforderung bedeutet. Umso mehr ist zu bewundern, wie lange und kontinuierlich Ihr Eure Zeitung herausgibt. ..."

### „Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre  
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre

Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre
6.	2.	Michael Bär	65	—	



Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

**Impressum:** 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder:** Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechse@t-online.de \* Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura



■■■ Fortsetzung von Seite 1

bereits eine Trennung stattgefunden hat. Gefordert ist erst einmal der zu integrierende Mensch. Anders die Denkweise bei der Inklusion: Hier geht es darum, erst gar niemanden auszu-sondern, sondern dort, wo Hilfebedarf besteht, die Hilfe so zu organisieren, dass behinderte und nichtbehindert Menschen gemeinsam weitermachen können.

Bei der schulischen Aussonderung ist Deutschland zunehmend negativ aufgefallen, kaum ein anderes Land betreibt Aussonderung so konsequent und in

so hohem Maße. Aber auch in anderen Lebensbereichen wie Ausbildung und Wohnen schicken wir Menschen mit Hilfebedarf in Sondereinrichtungen...“

Kommentar von Hannes Heiler: „Integration, Eingliederung in der Gesellschaft, wohin sonst? Man versuchte ein Kunststück: Eingliederung, ohne die vielen großen Aussonderungs-einrichtungen zu gefährden. Man klebt den Aussonderungsschulen ein neues Etikett auf, nennt sie nicht mehr 'Sonderschulen', sondern Förderschulen. Im

Kern sind sie aber nach wie vor Aussonderungsinstrumente, denn sie 'entlasten' die Regelschule von der Integration. Schließlich bemerkte man auch an höherer Stelle, dass Integration als Schlagwort abgegriffen ist. Zumal neuerdings dieses Wort immer öfter in einem ganz anderen Zusammenhang beansprucht wird: In der Debatte um die Beteiligung von Ausländern an unserer Gesellschaft.“

Ich wünsche mir im Zusammenleben mit allen Menschen mehr Inklusion, mehr „Zusammen“. ■

**Der Fremde ist nur in der Fremde fremd.**

Karl Valentin

Wie in der Ehinger Presse mehrfach berichtet wurde, feiert die Gemeinde Griesingen (Alb-Donau-Kreis) dieses Jahr, dass sie vor 1250 Jahren erstmals urkundlich erwähnt wurde. Aus diesem Anlass entstand das "Gemeindebuch Griesingen". Da ich auch intensiv daran mitarbeitete, besteht Anlass, im Roten Fuchsl ein wenig darüber und daraus zu berichten, wenn sich da und dort noch ein freies Plätzchen fand. *Ludwig Dorner*



Griesingen begrüßt derzeit am Ortseingang in mehreren Sprachen — eine schöne Geste.



Steinhausen (bei Ochsenhausen) ist stolz auf die jahrzehntealte Partnerschaft seines Teilorts (!) Rottum mit einer französischen Gemeinde. Dies spielte bei Griesinger Überlegungen einst eine Rolle.

**Kontakte**

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-539 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner; ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87

Büroleiterin Bruni Ohrke; Bruni.Ohrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42),

Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau): EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu ■





## SPD Berichte aus BERLIN

Hilde Mattheis MdB informiert

### Arbeitsfähigkeit der Pflegestützpunkte muss langfristig gesichert werden

Der Aufbau von Pflegestützpunkten ist das Herzstück der Pflegereform 2007 und ist von der SPD gegen den Widerstand von CDU/CSU durchgesetzt worden. Die SPD hatte in der großen Koalition gefordert, dass in ganz Deutschland flächendeckend Pflegestützpunkte aufgebaut werden, im Verhältnis ein Pflegestützpunkt pro 20 000 Menschen.

Für die Bürgerinnen und Bürger zahlt sich nun aus, wofür die SPD gekämpft hat. Dort, wo Pflegestützpunkte bereits ihren Betrieb aufgenommen haben, werden sie von den Bürgerinnen und Bürgern rege angenommen.

Es wäre gegenüber den pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen nicht

verantwortbar, wenn die Pflegestützpunkte mit ihrem wohnortnahen und unabhängigen Beratungsangebot in einem Anfangsstadium stecken bleiben würden, nur weil aufgrund des Regierungswechsels die politische Unterstützung fehlt. Denn im schwarzgelben Koalitionsvertrag fehlt ein klares Bekenntnis zu den Pflegestützpunkten.

Ich fordere die Landesregierung, die für den Aufbau von Pflegestützpunkten verantwortlich ist, daher auf, mehr als die bisher geplanten 50 Pflegestützpunkte einzurichten.

### GEW-Gutachten zur Schulstruktur bestätigt die immer schon vorgebrachte Kritik der SPD an der Bildungspolitik der Landesregierung

Das am 13.01.2010 veröffentlichte Gutachten der GEW zeigt, dass mit

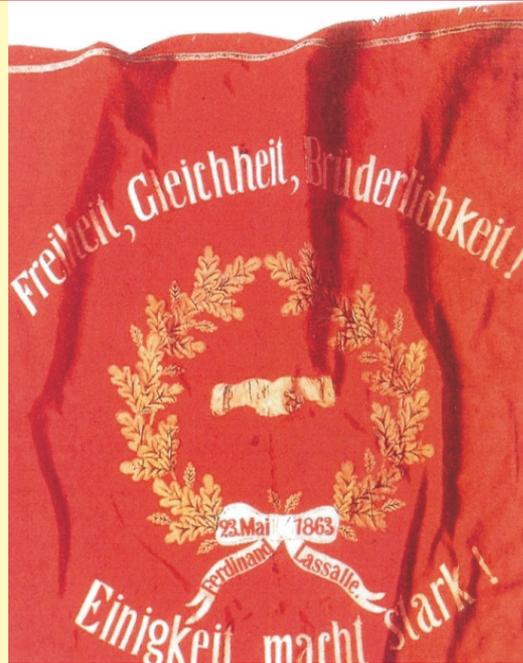
Schulskonzepten, bei denen Kinder länger gemeinsam lernen können, eine deutlich bessere und effizientere Schulversorgung sowie eine größere Bildungsgerechtigkeit im Land zu erreichen seien. Gerechtigkeit drückt sich gerade auch in der Bildungspolitik aus.

Die Pläne der Landesregierung zeugen davon, dass sie zum einen Bildungspolitik als Grundlage zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen nicht wahrnimmt und sie, zweitens, den ländlichen Raum in seinen Entwicklungspotentialen beschneidet. Schulen sind ein wichtiger Standortfaktor. Vielerorts würden Schulen mit funktionierenden Kooperationen, starkem eigenem Profil und innovativen Konzepten leichtfertig aufgegeben.

Das neue Gutachten der GEW bestätigt beides: längeres gemeinsames lernen fördert Gerechtigkeit und sichert Standorte im ländlichen Raum. ■

### Aus dem "Gemeindebuch Griesingen": Das Stüble, manchmal eine Belastung

Wurden Landwirtsehepaare allmählich alt, so war es Zeit, den Hof an den Erben zu übergeben. Meist wurde dabei vertraglich geregelt, auf welche Rechte und Pflichten beide Seiten einzugehen bereit waren. Oft wurde der Notar bemüht, um rechtlichen Beistand zu leisten. Fortan hießen und heißen die Übergebenden amtlich "Altenteiler". Meist hatten sie Anspruch auf eine kleine Leibrente, auf Bekleidung und auf genau festgelegte Mengen an Lebensmittelvorräten und an täglich frisch zubereitetem warmem Essen. Dies musste ihnen unter Umständen auch in die Wohnung gebracht werden, die sie dabei bezogen. Manchmal war sie im Bauernhaus enthalten, häufig aber bestand sie aus einem kleinen Häuschen auf dem Hofgelände. In beiden Fällen sprach man dabei vom "Schtieble" (kleine Stube). Wurden die alten Eltern zunehmend hilfloser und pflegebedürftiger, so war liebevolle Pflege beim sonstigen Arbeitsanfall zeitlich und nervlich nicht immer leistbar. Manchmal geriet der Umgang mit den alten Eltern oder Schwiegereltern dadurch zu einer allseits großen Belastung. Aber natürlich muss das nicht immer so gewesen sein. Vielfach waren die Älteren noch lange Jahre eine wertvolle Hilfe: als Kindsmagd, als Ratgeber und als Arbeitskräfte, solange es die Kräfte zuließen. Als Vorteil kann angesehen werden: Die "Älten" und die "Jungen" können ihre eigenen Wege gehen und sind sich doch nahe. Ihr Stüble ist klein und daher leichter sauber zu halten als ein großes Hofgebäude. Es sind weniger oder keine Treppen zu steigen - Dinge, die sich in heutigen seniorengerechten Wohnungen auch finden. ■



## Gerechtigkeit und Freiheit

Liebe Freunde, ihr alle wisst,  
dass FG\* ein Sozi ist.  
Und als solchem sei gestattet  
- von hartem Schlag ermattet -  
bereit, auch wieder aufzusteh'n,  
am Horizont ein Licht zu seh'n.

Nach „Hamburger Programm“ ist nun  
im Sozialen viel zu tun.  
Die Partei soll danach leben;  
von Kurt Schumacher vorgegeben:  
Sozialdemokratie im Keim  
für Schwache, Arme da zu sein.

Die Krise, die wir jetzt durchleben  
ist uns nicht von Gott gegeben.  
Nein, sie stammt vom Nimmersatt,  
den es hier und weltweit hat,  
für den Ungleichheit normal ist,  
dem Hunger anderer egal ist.

Erhard Eppler meinte ehrlich:  
Kindergarten-Rank entbehrlich.  
Und dass die Marktradikalen  
uns ein falsches Weltbild malen.  
Casino-Mental'tät in Jahren  
und den Karren an die Wand gefahren.

Unser Land, die Menschen, wie ihr seht,  
brauchen jetzt die Solidarität  
aller, die guten Willens sind,  
die Menschheit bis zum letzten Kind.  
Dass wir in jedem Winkel hören:  
Hört auf, das Klima zu zerstören !

Auf dieser Karte - Vorderseite  
Erscheint symbolisch uns're Pleite:  
Die Einigkeit unt' abgeschnitten,  
wir haben wahrlich viel gelitten !  
Es ist so vieles schlimm geschehen  
drum lasst uns jetzt zusammenstehen!

Unsere Zukunft klar und rein,  
Das neue Jahr soll besser sein!!

Dies wünscht euer

*\*Fritz Glauninger*

Wir veröffentlichen den Original-Neujahrsgruß unseres langjährigen Ulmer Füchse-Lesers  
Fritz Glauninger mit dessen freundlicher Genehmigung.



### Serie

## **Charta der Grundrechte der Europäischen Union**

### **Artikel 8: Schutz personenbezogener Daten**

- (1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- (2) Diese Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder einer sonstigen gesetzlich geregelten legitimen Grundlage verarbeitet werden. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken.
- (3) Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von einer unabhängigen Stelle überwacht.

Schön klingt dieser Grundrechte-Artikel, und ungeheuer wichtig ist auch er. Aber wenn Millionen Verbraucher so fahrlässig oder gleichgültig sind und überall freiwillig und unnötigerweise sehr viele persönliche Daten hinausposaunen, dann tun sie selber das, wovor sie Artikel 8 bewahren sollte.

Beispiel Kundenkarten: Und schon weiß die Handelskette, wer was wann wo und für wie viel Geld eingekauft hat. Man weiß Vorlieben und Abneigungen, was jemand für seine Gesundheit tun muss oder will und was nicht und vieles mehr. Hochinteressante und millionenwerte Adressen, die gehandelt werden. Arbeitgeber, Versicherungen und viele mehr könnten Appetit auf solche Daten bekommen. Und sie werden nie mehr "vergessen".

Mit Google im Internet surfen, Gmail benutzen, ein Googlehandy mit Googlebetriebssystem, GoogleStreets, GoogleMaps, GoogleEarth benutzen, demnächst vielleicht seine ganzen Daten im Clouding-System nicht mehr auf dem eigenen PC speichern, sondern irgendwo auf der Welt einem Googlerechner anvertrauen usw. - nur weiter so ... Google ist inzwischen eine der reichsten Firmen der Welt, und dies nur, weil sie sich eine ungeheure Datenfülle zugelegt hat und diese vermarkten kann.

Ein junges Ding, in fröhlicher Partylaune unter guten Freunden mal schnell das T-Shirt hochgehoben oder das Höschchen gezeigt (usw.): Garantiert, dass einer sein Fotohandy benutzt und morgen spätestens ist das Bild womöglich schon im Internet zu sehen. Oder einer macht mal eine unbedachte Bemerkung in einem Blog oder Chat. Weltweit und praktisch unwiderruflich: Fotos und Meinungsäußerungen, mal so spontan entstanden und vielleicht unbedacht ins Internet gestellt, können einem noch lange Jahre nachhängen und allerlei Chancen verbauen (Beruf, Wohnung ...)

Da gab es den jungen Mann, der bei seiner Bewerbung angab, er habe schon mal Klassenfahrten organisiert. Klang gut - nur: Im Internet gab's dann Fotos, aus denen ersichtlich wurde, dass man schon frühmorgens tüchtig dem Alkohol zugesprochen hatte. Bewerbungserfolg?

Das beste Gesetz nützt natürlich nichts, wenn es Bürgern selber schnuppe ist, wie sie mit ihren Daten umgehen. Gar mancher umgibt sich im häuslichen Wohnbereich (Fenster, Balkon, Terrasse, Garten) mit allerlei Sichtschutzeinrichtungen, damit ihm niemand "in die Kaffeetasse sehen" kann. Oh, wenn doch alle auch bei ihren sonstigen Daten so vorsichtig wären ... ■



[ASS - 60plus - aktive Ruheständler in der SPD](#)

## Über das Leben des Friedrich Ebert

Ein Vortrag von Emil Lehle (Blaustein)

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 als viertes Kind eines Schmiedemeisters in Heidelberg geboren. Er war das siebente Kind von insgesamt neun Kindern.

Friedrich Ebert wuchs unter gesicherten Verhältnissen auf. Der Vater beschäftigte 4 Gesellen, so dass akute Not, Hunger, regelmäßige Kinderarbeit - alles Kennzeichen der proletarischen Existenz im Deutschen Kaiserreich - in Eberts Familie nicht auftraten.

Friedrich besuchte die 8-jährige Volksschule. 60 Schüler Klassenstärke (Zum Vergleich: auf fünf Soldaten kam seinerzeit ein Unteroffizier).

Nach den Umständen der Zeit ist es für den begabten Friedrich Ebert außerhalb der Möglichkeiten zu studieren. Heute erst - und ich nenne hier mit Nachdruck die unter Willy Brandt durchgesetzte Bildungsreform - ist es möglich, die Begabungen in unserem Volk auszuschöpfen.

Die Entscheidung für eine Sattlerlehre ist zufällig. Die Lehrzeit muss der junge Friedrich auch mit Botengängen und anderen wenig lehrreichen Dingen ausfüllen. Als der Lehrmeister kurz vor Beendigung der

3-jährigen Lehrzeit den jungen Friedrich Ebert als faul beschimpft und prügelt, verlässt er die Lehre und kehrt auch auf Bitten seiner Eltern nicht in die Lehre zurück

Und er steht durch, was ihm sein Gerechtigkeitsinn auferlegte.

Friedrich Eberts Berührung mit der politischen Welt steht im Zeichen der Bismarckschen Gesetze der Jahre 1878-1890 — die sog. Sozialistengesetze: "Gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie".

Dieses Gesetz stempelt die Sozialdemokraten zu Schädlingen und Feinden der Gesellschaft.

Was der junge Friedrich Ebert dabei erlebt, sieht so aus: ein Stiefbruder des Vaters in Mannheim schickte einen Schneidergesellen, der von der Polizei durch Bedrohung der Arbeitgeber von Ort zu Ort arbeitslos gemacht wurde, weil er Schneidergesellen organisieren wollte, zu Vater Ebert nach Heidelberg. Vater Ebert nimmt den Gesellen auf.

Erst recht bricht er die Beziehung zu seinem Bruder nicht ab, der als Sozialdemokrat vollends im Verruf steht. - Gegen alle Warnungen vor dem Stiefbruder

prägt Vater Ebert den Satz:

"Und wenn er zehn Mal ein Sozialdemokrat ist, bleibt er immer noch mein Bruder. Und ein anständiger Mensch ist er auch."

Die Wanderjahre des Handwerksburschen lassen Friedrich Ebert selbst erleben, dass jede Bemühung, gewerkschaftlich oder gar sozialdemokratisch zu organisieren, dies der Polizei anrühlich macht und immer wieder um den Arbeitsplatz bringt.

Mit 20 Jahren kommt der junge Ebert 1890 nach Bremen und macht sich dort sesshaft. Das Sozialistengesetz läuft aus.

Im Mai 1891 hatte sich Friedrich Ebert in Bremen bereits einen gewissen Ruf als entschlossen handelnder Organisator gemacht. Er war hartnäckig und unbeirrbar, persönliche Opfer nicht scheuend, sich für die als richtig erkannte Sache, für die Ziele der SPD und der Gewerkschaften einzusetzen.

Kaum hatte er Arbeit und Wohnung gefunden, stürzte er sich in das gewerkschaftliche und sozialdemokratische Vereinsleben der Hansestadt. Laut Polizeibericht wird er als der zur Zeit eifrigste sozialdemokratische Agitator bezeichnet.

Ebert wird Redakteur bei

[weiter auf Seite 9](#) →→→



[Erläuterung aufgrund einer Anfrage](#)

## Zum letzten Spendenaufruf im Roten Fuchse

Klärle Dorner

**Wir sammeln keine Spenden für eine (zur Zeit nicht mehr ganz so) große Partei, sondern einfach freiwillige Beiträge, vor allem, damit wir unser Rotes Fuchse, welches auch als Druckausgabe erscheint, finanzieren können.**

Die Mitglieder unseres Ortsvereins zahlen monatlich zwischen 3 und 15 Euro Mitgliederbeitrag. Damit werden die hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ohne die keine politische Arbeit gemacht werden könnte, mitfinanziert.

Das ist zum Beispiel die Geschäftsstelle in Biberach mit 2,5 Mitarbeiterstellen, die für die Kreise Ulm, Alb-Donau, Biberach, Ravensburg, Bodensee, Sigmaringen und Zollern-Alb zuständig ist.

Außerdem müssen wir die Landesgeschäftsstelle in Stuttgart mitfinanzieren; dazuhin kommt die Bundesgeschäftsstelle.

Gerade mal 10% (!) dieser Mitgliedsbeiträge bekommt der Ortsverein sozusagen als Geschäftsgrundlage wieder zurück, um seine Arbeit vor Ort finanzieren zu können. Das reicht bei einem aktiven Ortsverein nirgends hin. Unsere Mandatsträger geben nochmals eine gehörige Portion ihrer Sitzungsgelder ab. (Bisher bekamen sie pro Gemeinderatssitzung 20 Euro bei einer Sitzungsdauer von durchschnittlich 4 bis 5 Stunden.) Da nun nicht alle Mitglieder und LeserInnen

unserer Ortsvereinszeitung schon über einen Internetanschluss verfügen, ist es aus demokratischer Sicht (Information und damit Teilhabe an der Gesellschaft) nicht zu vermeiden, jeden Monat das Rote Fuchse auch in Papierform erscheinen zu lassen. Das können wir nicht selbst tun, sondern müssen es außer Haus geben. Die Herstellung kostet uns im Jahr gute 2400 Euro.

Diesen Betrag müssen wir aus eigenen Ortsvereinsmitteln bezahlen - und bekommen dazu von nirgends einen Zuschuss. Deshalb erging im Dezemberfuchse wieder einmal ein Spendenaufruf an die Leserschaft.

Natürlich kostet uns der E-Mailversand kein zusätzliches Geld. Deshalb versenden wir es digital ja auch gerne jedem, der es haben möchte. Aber nur durch die Solidarität auch derer, die uns insoweit keine Kosten verursachen, sind wir letztlich in der Lage, allen das Rote Fuchse zukommen zu lassen. Das ist ja gerade das Schöne, dass diejenigen, die mehr haben, diejenigen teilhaben lassen, die viel weniger oder gar nichts haben.

Man kann sich ausrechnen, dass mit 0,30 bis 1,50 Euro Anteil am Beitrag für den Ortsverein noch keine großartige politische Arbeit finanziert werden kann.

Meist verzichten diejenigen, denen Auslagen für den Ortsverein entstehen, auf deren Erstattung.

---

**Inzwischen sind auch einige Spenden eingegangen, von Mitgliedern und - vor allem - von Nichtmitgliedern. Dafür danke ich ganz herzlich!**

---

Freilich und eigentlich auch zum Glück lebt längst nicht jeder, der bisher alle Spendenaufrufe "überhört" hat, schon an der Armutsgrenze ... Und mancher hat zwar E-Mail, hält aber aus nachvollziehbaren Gründen lieber ein papierenes Fuchse in der Hand. Dessen Spenden sind dann auch ganz besonders willkommen.

Vielleicht versteht man jetzt mancher eher, wofür der Spendenaufruf erging. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 7 — Friedrich Ebert

der Bremer Bürgerzeitung . 1884 wird er Gastwirt und führt ein beliebtes Versammlungslokal für Partei und Gewerkschaften.

1894 heiratet Friedrich Ebert die damalige Hausangestellte und Fabrikarbeiterin Luise, die 1955 verstirbt. Vier Kinder gehen aus der Ehe hervor. Zwei Söhne fallen im ersten Weltkrieg.

Frau Ebert war ihrem Mann eine verlässliche Stütze in allen Lebenslagen.

Als Friedrich Ebert Reichspräsident wurde, hat ihn seine Frau bei der Wahrnehmung der Amtspflichten würdevoll unterstützt und

Repräsentationspflichten übernommen.

Als die Gewerkschaften in Bremen ein Arbeitersekretariat einrichten, wählt man ihn zu dessen Sekretär.

1896 ziehen zum ersten Mal Sozialdemokraten in die Bremer Bürgerschaft ein. Gewählt wurde damals in vier Klassen. Friedrich Ebert ist unter den Gewählten.

Der Kampf gegen das Klassenwahlrecht durchzieht jahrelang Eberts weiteres Wirken.

Ab 1918 kann er als einer der Volksbeauftragten Gesetze mit anordnen.

Endlich haben alle Deutschen im Reich und in den Ländern gleiches Wahlrecht.

Seit 1898 hat Friedrich Ebert verschiedene Anläufe unternommen, bei der Reichstagswahl ein Mandat zu erringen. 1912 wurde er für der Wahlkreis Wuppertal aufgestellt und es gelang ihm der Einzug in den Reichstag.

Obwohl Ebert ein Neuling in der 110 Abgeordnete umfassenden Fraktion war, wählte ihn die Fraktion dennoch sofort in den aus 7 Mitgliedern bestehenden Vorstand. - Dies deutet darauf hin, dass Ebert bei der großen Mehrheit eine große Wertschätzung besaß. ■

### Kreistag Alb-Donau

## Rede zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2010

Günter Neubauer, SPD-Fraktionsvorsitzender  
Ulm, den 14. 12. 2009 (Es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren. Meine Herren Vorredner, Herr Traub und Herr Mangold, haben den Haushalt für das Jahr 2010 aus der Perspektive ihrer Fraktionen dargestellt. Ich möchte dem nun die Perspektive der SPD-Fraktion hinzufügen.**

**E**inig sind wir uns sicher bei der Einschätzung der momentanen Rahmenbedingungen: Wir befinden uns in einer schwierigen wirtschaftspolitischen Lage. Die Finanzkrise scheint im Bankensektor zwar ihren Tiefpunkt, auch mit massiver staatlicher Hilfe, überschritten zu haben. In der Realwirtschaft,

wo zurzeit noch die Abfederung mancher Probleme durch Kurzarbeit greift, kann davon aber leider noch lange nicht ausgegangen werden. Das bedeutet für die Kommunen, und damit auch für uns: Sinkende Steuerkraft, Rückgang der Steuereinnahmen, Anstieg des Bedarfes von Sozialtransfers.

**D**arüber hinaus wird die Finanzkraft der Kommunen durch die aktuellen steuerpolitischen Pläne der Bundesregierung massiv bedroht. Die finanzielle Basis für die Kommunen ist in Gefahr. Sie, Herr Landrat, haben in diesem Zusammenhang in Ihrer Rede auf das Verteilen von Wohltaten durch die Bundesregierung

weiter auf Seite 11 →→→



# Damals im Februar

Gerhard Tessin

**Vor 100 Jahren: (1910):  
Wahlverfahren: Vielfältig,  
aber ungerecht**

Zwei Jahre zuvor hatte Kaiser Wilhelm II., der ja auch preußischer König war, eine Änderung des Dreiklassenwahlrechts\* in Preußen in Aussicht gestellt. Doch was der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident von Bethmann Hollweg nun als Gesetzesentwurf zur Änderung des Wahlrechts vorlegte, blieb weit hinter den Erwartungen der Parteien, vor allem der Sozialdemokraten und Linksliberalen, zurück. Das Dreiklassenwahlrecht blieb, wobei Korrekturen bei der Bedeutung der Wählerstimmen vorgenommen wurden. Bei höherer Bildung sollte ein Aufstieg in die nächsthöhere Wahlklasse möglich sein. Ferner sollten in Zukunft nicht Wahlmänner, sondern die Abgeordneten direkt gewählt werden können. Die öffentliche Stimmenabgabe wurde nicht abgeschafft. Die Regierung begründete dies mit der Sicherstellung der öffentlichen Verantwortung der Wähler für ihre Stimmabgabe gegen "demagogische Agitation". Will

heißt: Die preußische Regierung muss weiterhin überprüfen können, wer etwa sozialdemokratisch oder "polnisch" wählt. Unlängst hatten bei der Wahl zur Stadtversammlung im oberschlesischen Kattowitz 14 Postbeamte und ein Reichsbankbeamter für polnische Kandidaten gestimmt. Dies wurde bekannt, weil im preußischen Staat öffentlich abgestimmt werden musste. Gegen die Beamten wurde ein Disziplinarverfahren eröffnet. Es sei mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar, eine polnische Partei zu unterstützen, die einen selbständigen polnischen Staat anstrebe, so die Dienstvorgesetzten. Dagegen protestierten polnische Reichstagsabgeordnete (ihre Partei hatte im Deutschen Reichstag 20 Mandate), unterstützt von deutschen Kollegen anderer Parteien. Doch die Beamten wurden versetzt. Die Begründung des Reichs-Vizekanzlers von Delbrück: "Das Recht des Reiches, sich gegen solche Bestrebungen (Unterstützung der im Reichstag vertretenen Partei der Polen) zu wehren, ist unantastbar."

Die Reaktionen der Parteien auf den Regierungsentwurf waren unterschiedlich. Die Konservativen beklagten den Bedeutungsverlust der ersten Wahlklasse. Liberale und Sozialdemokraten sprachen von einer Scheinreform. Im "Vorwärts" wurde die Vorlage als "brutale und höhnische Kriegserklärung an die SPD" bezeichnet. Am 11.2. protestierten in Berlin 50 000 Menschen gegen das geplante neue Wahlrecht. Auch in anderen deutschen Ländern solidarisierten sich Demonstranten. In München versammelten sich über 1000 Leute vor der preußischen Gesandtschaft und forderten ein gleiches und geheimes Wahlrecht, wie es in Bayern besteht.

Der Entwurf zur Wahlrechtsreform wurde schließlich vom preußischen Herrenhaus, der anderen Kammer des Parlaments, abgeblockt. Dort hatte der grundbesitzende Adel die Mehrheit. Die Reform ging den Junkern zu weit.

Nichts war's mit der geforderten Übernahme des Reichstagswahlrechts von 1871 auch in Preußen. Der Staat hatte das rückständigste Landtagswahlrecht im Deutschen Reich.



Dabei hatten andere deutsche Einzelstaaten auch ihre Besonderheiten. In den meisten war das Wahlrecht an direkte Steuerleistungen gebunden und/oder mit dem Besitz bzw. es wurde mit der Gründung eines Hausstandes verliehen. Wie in Preußen war auch die Stimmabgabe in Braunschweig und den sächsischen Ländern nicht geheim. Und ebenso wie in Preußen hatten auch in einigen anderen Ländern Empfänger von öffentlichen Armutsunterstützungen kein Wahlrecht. Doch eines hatten alle deutschen Staaten gemeinsam: Frauen durften nicht wählen.

Aber auch das Reichstagswahlgesetz stand unter Kritik. Nach Artikel 20 der Reichsverfassung ging der Reichstag aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervor. Wahlberechtigt waren alle männlichen Staatsangehörigen, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten. Nach dem Mehrheitswahlrecht wurde der Kandidat gewählt, der

in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen bekam. Da die Wahlkreise sich in der Bevölkerungszahl sehr unterschieden, - sie waren seit 1869 nicht mehr neu eingeteilt worden - entstand oft ein krasses Missverhältnis zwischen Stimmenzahl und Mandatszahl. Ein Beispiel, zu lesen in dem Nachschlagwerk "Chronik", Ausg. 1992, macht es deutlich: In Preußisch-Eylau (Ostpreußen) hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten von 18 208 im Jahre 1874 zu 18 823 im Jahre 1907 nur geringfügig geändert. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Wahlberechtigten in Bochum um mehr als 100 000 an. Während in Preußisch-Eylau 7706 Stimmen zur absoluten Mehrheit genügten, reichten bei der Wahl 1912 dem Bochumer SPD-Kandidaten nicht einmal 53 333 Stimmen, um gewählt zu werden.

Ein anderes Beispiel: Bei der Reichstagswahl 1903 bekamen die Konservativen 54 Mandate bei einem

Gesamtstimmenanteil von 10 %; das Zentrum gar 100 Mandate mit 19,7 %. Die Sozialdemokraten erzielten fast ein Drittel der Gesamtstimmen. Damit erreichten sie aber nur gut 20 % der Mandate, nämlich 81.

Die ungleiche Wahlkreiseinteilung verzerrte die Wahlergebnisse zugunsten der Landbezirke und zu Ungunsten der Großstädte mit starkem Bevölkerungswachstum, wo die SPD hauptsächlich ihre Wähler hatte. Im Vorteil waren die klerikalen, konservativen und nationalistischen Parteien, deren Klientel eher in ländlichen Regionen mit wenig Industrie wohnte.

+++++

\* Dreiklassenwahlrecht: Indirektes Parlamentswahlrecht in Preußen von 1849-1918. Jede der drei Steuer- und Einkommensklassen stellte die gleiche Anzahl von Abgeordneten. Adel und Besitzbürgertum waren deshalb in der Mehrheit. Dadurch hatten die wenigen Hochbesteuerten überproportionalen Einfluss und erhebliche Vorteile. ■

■■■ Fortsetzung von Seite 9 — Kreishaushalt

hingewiesen mit dem Zusatz: "Aber nicht auf Kosten der Landkreise".

**E**inige Länder, der Bundesrechnungshof, die Wirtschaftsweisen und die kommunalen Spitzenverbände äußern massive Bedenken. Diese Bedenken finden bisher kein Gehör.

Im Gegenteil, der designierte neue Ministerpräsident Herr Mappus wird zu den aktuellen Steuerplänen der Bundesregierung mit dem Satz zitiert: "Der Widerstand gegen die Steuerpläne der Bundesregierung schadet der CDU". Dies zeugt aus unserer Sicht von einem seltsamen Verständnis

seiner neuen Aufgabe. Als Ministerpräsident ist er dafür verantwortlich, dass Schaden vom Land und seinen Kommunen abgewendet wird. Die Schmälerung der finanziellen Basis für unsere Kommunen und der Zwang zu höherer Verschuldung sind nicht hinnehmbar und wir müssen dies auch so

weiter auf Seite 13 →→→





**Gemeindebuch  
Griesingen,  
336 Seiten, in  
Leinen gebunden,  
mit Leseband und  
Schutzumschlag; ca.  
1000 Abbildungen**

**20 Euro**

Erhältlich in Ehin-ger Buchhandlungen, bei Firma "Augenweide", bei der Raiffeisenbankfiliale Griesingen sowie bei der Gemeindeverwaltung Griesingen (Rathaus).

Ludwig Dorner kann beim Besorgen ggf. behilflich sein.

### Aus den Klappentexten:

**(1)** Die Gemeinde Griesingen im Alb-Donau-Kreis (Baden-Württemberg) wurde im Jahr 760 n. Chr. erstmals urkundlich erwähnt. Es handelte sich um die Schenkung an das elsässische Kloster Murbach. Man kann nur verschenken, was man bereits besitzt. Also muss Griesingen älter sein als jene 1250 Jahre, die bis zum Jubiläumsjahr 2010 seitdem verstrichen sind. In diesem Buch stellen ehrenamtlich tätige Autorinnen und Autoren unsere Gemeinde vor. Kirchen, Schule, Kindergarten, Vereine und Gruppierungen beschreiben ihr Werden und ihre heutigen Aufgaben. In einem gesonderten Kapitel werden wie in einer bunten Blumenwiese in über 130 Beiträgen sehr viele weitere Aspekte des Gemeindelebens beschrieben. Vieles kennen die Älteren noch aus

persönlicher Erinnerung. Anderes stammt aus wesentlich älteren Zeiten. Aber alle eint das Hier und Jetzt, die heutige Gemeinde Griesingen. Daher findet auch das heutige Leben in der Tausend-Einwohnergemeinde im Buch gebührende Berücksichtigung.

Unser neues "Gemeindebuch Griesingen" soll informieren, aber auch amüsieren. Und zuweilen soll es nachdenklich machen.

**(2)** Irgendwann war eine erste Sitzung im Rathaus, und einige nette Leute kamen da zusammen. Und es gab bald wieder eine Sitzung, und dann noch eine, und dann noch eine ... Zwischen den Sitzungen gab es Hausaufgaben, wie in der Schule.

Man traf sich mit Anderen in anderen Gruppierungen. Man hatte Pfarrern, Schule, Kindergarten und Vereinen schonend beizubringen, dass

sie Text- und Bildbeiträge abzuliefern hätten und stieß auf offene Ohren. Andere gingen selbst in ihre Vereine, suchten und fanden Mitwirkende. Wieder andere trafen sich über fast ein Jahr nahezu alle zwei Wochen, um an ihrem Beitrag zu feilen. Diese Sitzungen, gestützt von Weißwurst und Espresso, dauerten immer bis in die frühen Morgenstunden.

Beschaffen der Informationen, Gestalten der Texte, Besorgen, Auswählen und Anordnen der Bilder - das hört sich einfach an und ist es doch nicht. Zuletzt stand alles unter mächtigem Zeitdruck.

Doch nun glauben und hoffen wir, dass unser Gemeindebuch die Mühe wert ist, und dass es Freude und zuweilen Nachdenklichkeit beim Lesen und Bilderbetrachten auslösen möge - in Griesingen und außerhalb. Dann wäre unser Hauptwunsch erfüllt ...

Das Autorenteam ■



sagen. Weil sich die Folgen der Krise der Realwirtschaft aber erst mit Verzögerung im Kreishaushalt auswirken, kann der Haushalt für das Jahr 2010 nochmals ein großes Investitionsvolumen ausweisen.

**I**n den nächsten Jahren werden wir aber, wenn wir die Schulden nicht ansteigen lassen wollen, nur noch in geringerem Maße investieren können. Der Landkreis muss aber trotzdem, auch oder sogar gerade wegen der geringer werdenden Einnahmen, seine Attraktivität als Standort weiter entwickeln. Dazu gehört, dass die bestehende Wirtschafts- und Tourismusförderung weiterhin stattfindet.

**A**uch alle Themen, die mit der EU zusammenhängen, müssen wir intensiv verfolgen, um den möglichst großen Nutzen daraus ziehen zu können.

### Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt des Landkreises ist geprägt von hohen Investitionen in im Wesentlichen zwei Bereichen:

- in das Gesundheitswesen und in die Infrastruktur

Die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Beträge sind nochmals beachtlich.

- Gesundheitswesen

**D**ie Zuschüsse zum Vermögensplan der Krankenhaus GmbH des Alb-Donau-Kreises sind der größte Einzelposten des

Vermögenshaushaltes. Wir bestimmen den Investitionszuschüssen auch in diesem Jahr zu. Wir stehen zu der Weiterentwicklung unserer Krankenhauslandschaft und dem Angebot im Bereich Pflege.

**D**ie Zuschüsse sind gut angelegte Mittel. Sie sichern die wohnortnahe Krankenhausversorgung, die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen und Seniorenwohnungen für unsere Kreisbürgerinnen und Kreisbürger.

**N**ach dem Übergang der Laichinger Einrichtungen sind diese nun strukturell in unsere Krankenhaus- und Pflege-landschaft einzubinden und entsprechend zu entwickeln.

- Infrastruktur

**W**ir stehen auch zum Erhalt und, da wo notwendig, auch zu einem Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur. Für den Straßenbau sind 4,8 Mio. Euro vorgesehen. Diese Summe beinhaltet auch den weiteren Ausbau unseres Radwegenetzes entsprechend der Radwegkonzeption des Landkreises. Es ist wichtig, dass weiterhin angemessen in den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur investiert wird. Dies gilt generell, auch wenn wir einzelnen Maßnahmen kritisch gegenüberstehen.

**D**ie Notwendigkeit jeder Maßnahme muss mit belastbaren Zah-

len und Fakten belegt und begründet werden. Da wo uns die Zahlen und Fakten nicht überzeugen, hinterfragen wir dies. Maßnahmen, die nicht belegbar und begründbar sind, lehnen wir ab. Dies trifft zum Beispiel für die Umfahrung Bernstadts zu, deren Notwendigkeit aus den uns vorliegenden Informationen nicht begründet ist.

**B**ei allen Straßenbaumaßnahmen ist auch eine Untersuchung über die Veränderung bzw. Verlagerung von Verkehrsbelastungen vorzunehmen. Die Gemeinden im Ulmer Norden sind besonders davon betroffen, dass es eine solche Gesamtschau zu Änderungen von verkehrlichen Belastungen, hervorgerufen durch diverse Straßenbauvorhaben, zurzeit nicht gibt.

- Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt (164,4 Mio. Euro) des Landkreises wird im Wesentlichen geprägt durch den Einzelplan 4 - soziale Sicherung, für den ein Zuschussbedarf von 54,6 Mio. Euro ausgewiesen wird.

- Sozialbereich:

**D**er Sozialbereich stellt damit den größten Kostenblock im Verwaltungshaushalt dar. Mit diesem Einzelplan ist eine Vielzahl von Aufgaben verbunden, die sehr oft mit menschlichen Schicksalen zu tun haben. Leider wurde dieser Bereich in Ihrer Rede, Herr Landrat, nur gestreift. Sie hatten im Wesentlichen die Kosten im Blick. Dieses muss auch sein, aber die menschlichen Einzelschicksale, die sich hinter den Aufgaben des Sozialdezerna-



Er stand vor  
10 Jahren  
im Roten Füchsle

**X (A)bgestimmt — wie?**

's Rote Füchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise von sich aus mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten

- Wolf-Rüdiger Stummer schreibt, damals engagiert, zum "Sündenfall Kohl".
- "CDU muss mehr Demokratie wagen". Und dafür stand dann im damaligen Roten Füchsle unter anderem ein passendes Beispiel:
- Karriere oder Berufsverbot?

Also sprach der CDU-treugesonnene Lehrer zu seinen Schülern: „Um das Wählen zu besprechen, teile ich die Klasse jetzt mal schnell in zwei Parteien ein: Ihr am Fenster seid die Partei der 'Großmäuler' und die Anderen sind die Partei der 'Arbeits-scheuen'."

Dass er damit demokratische Parteien [auch die eigene!] und ihre Mitglieder diskriminiert, beleidigt und sich womöglich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt, ist ihm weder bewusst noch leicht begreiflich zu machen. Genau genommen gehört so jemand jedoch unter den Radikalenerlass genau so wie ein Briefträger oder Lokführer, der sich meinetwegen mal als DKP-Gemeinderat aufstellen ließ.

- Mehr Demokratie wagen - auch bei der CDU? Im Februarfüchsle von 2000 stand: "[Demokratie] lebt von Wachsamkeit, von Kontrolle, vom Ablegen der Rechenschaft und vom legitimen Wechsel der Macht. Auch das Pochen auf die sogenannte freiheitlich-demokratische Grundordnung wäre wesentlich glaubhafter, wenn zum Beispiel Herr Kanther sie auch auf sich selbst und nicht nur auf Briefträger und Lokführer angewandt hätte." ■

<b>Klärle Dorner, Kreisrätin</b>		
1	keine Sitzung	
<b>Joachim Schmucker, Gemeinderat</b>		
1	Haushalt 2010	j
2	Gestaltung Untere Hauptstraße	j
3	Ausweisung von Photovoltaik-Vorrangflächen	j



**Neujahresempfang im Seniorenheim "Wohnpark Sankt Franziskus" am 17.1.2010**

**Ein gutes Beispiel für öffentliche Daseinsvorsorge**

"Konkurrenz belebt das Geschäft" ja, aber wenn die Konkurrenz in Not gerät, sollte man auch mal helfen (dürfen).

Georg Mangold hat in seiner Haushaltsrede angemerkt, dass er Herrn Landrat Heinz Seiffert dankbar ist, dass er durch den öffentlich geäußerten Druck Bewegung in die Angelegenheit des Wohnparks St. Franziskus in Ehingen gebracht habe. Somit konnte öffentlich gemacht werden, was nach längeren beiderseitigen Verhandlungen bereits angedacht war. Niemand von den Bewohnern/-innen muss von Ehingen weg und niemand vom Personal erhielt seine Entlassung, sondern alle können im Laufe des Sommers in das Pflegeheim auf dem Gelände des früheren Sportplatzes umziehen.

Dass die Lösung, wie sie jetzt ist, eine gute Lösung für die Heimbewohner, deren Angehörige und für das Pflegepersonal werden kann, konnte die Öffentlichkeit beim heutigen Neujahrsempfang von allen Seiten hören. Klar wird der Umzug manchen älteren Menschen etwas beunruhigen und ihm Sorge bereiten, aber bei beiderseitigem sehr gutem Willen der "Organisatoren" - den die beiden Parteien heute bekundet haben - wird er so reibungslos wie möglich durchgeführt werden können. Und wer genau hingehört hat, konnte erkennen, dass sich der Alb-Donau-Kreis, stellvertretend dafür Herr Neumeister, seiner Verantwortung für die Heimbewohner/innen sowie für das Pflegepersonal durchaus bewusst ist. Dafür möchte ich als Vorsitzende der SPD Ehingen ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Ich bin froh, dass sich der ADK auch hier seiner Aufgabe für die Daseinsvorsorge gerade auch im sozialen Bereich bewusst ist. ■



Chronik um ein bisschen viel Aktionismus...

## ... oder unnötiger Lärm um den Lärmschutz?

Georg Mangold

**Donnerstag, es ist 14 Uhr, um 15 Uhr beginnt die Haushaltsschlussdebatte im Gemeinderat. Vorsichtshalber mache ich noch kurz meine Mails auf. Tatsächlich ein "wichtiges" Mail, abgesendet um 13:18 Uhr, ist eingegangen. Absender ist die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.**

Es ist ein Antrag der Fraktionsspitze an OB Krieger, betreff den TOP 8 der Sitzung, die in knapp 1 Stunde beginnen wird. Im Anschreiben werden die anderen Fraktionen gebeten, sich diesem Antrag anzuschließen - eine Stunde vor Sitzungsbeginn!

Ich drucke den Antrag aus und nehme ihn mit zur Sitzung.

Der TOP 8 wird irgendwann kurz nach 18 Uhr aufgerufen. Die Grünen bringen ihren Antrag ein.

TOP 8 wird ausgiebig diskutiert - es geht um den Satzungsbeschluss des

Bebauungsplanes zur Umgestaltung der Fischerkreuzung. Die Grünen wollen per Antrag an einer Stelle den Lärmschutzwall verlängert haben - eine an sich gute Sache.

Die Stellungnahmen und Einwendungen von Behörden und betroffenen Anliegern werden vorgetragen und besprochen - sie waren uns zum größten Teil schriftlich als Anlage schon vorab zugesandt worden.

Eine Einwendung bezieht sich fast genau auf diese Verlängerung des Lärmschutzwalles - schriftliche Reaktion der Verwaltung: Der Einwender hat Recht,

der Lärmschutz wird zuerst mit einer Glaswand und dann mit einem kleinen Wall verlängert.

**Nun erkennen alle, dass der so eilige Antrag eigentlich überholt ist, die Grünen ziehen ihn zurück.**

Was macht die Sache nun besonders interessant? Der betroffene einwendende Bürger war der ehemalige Stadtrat der Grünen Dr. Michael Rettenberger.

Wusste da vielleicht bei den GRÜNEN die Linke einmal nicht, was die Rechte tut? Naja, so was kommt vermutlich überall mal vor, gelle? - LD ■

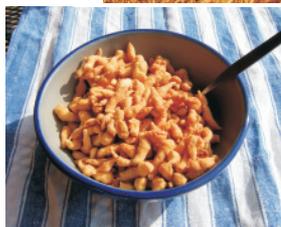
**Aus dem "Gemeindebuch Griesingen": Dinkel, Brotgetreide früherer Jahrzehnte**



Dem Dinkel muss man fast ein Denkmal setzen. Lange bevor bei uns Weizen gedieh, war er nämlich das alltägliche Brotgetreide. Es wuchs auch in rauherem Klima, was beim Weizen erst lange später durch entsprechende Züchtungen gelang. Da der Dinkel aber bei der Ernte sehr bruchempfindlich war, baute man ihn seit einigen Jahrzehnten und fast bis in unsere Zeit kaum mehr an. Heute hat man seine Bedeutung längst wieder entdeckt, denn für gute Spätzle, Seelen, Wecken und andere gute Backwaren ist er beinahe unerlässlich.

"Corn" oder "Korn" bedeutet in germanischen Sprachen ...  
im britischen Englisch (England): Weizen  
im britischen Englisch (Schottland und Irland): Hafer  
im amerikanischen Englisch: Mais  
im Griesinger Schwäbisch ("Koor" = Korn): Dinkel

Das Getreide, das den wichtigsten Anteil an der jeweiligen Ernährung hat, trägt in unterschiedlichen Teilen der Welt offenbar jeweils den Namen "Korn". Wenn der Dinkel in Griesingen "Koor" hieß, so deutet auch der Sprachgebrauch darauf hin, dass er hier einmal das wichtigste Getreide darstellte. ■





tes verbergen, können nicht nur durch die Kostenbrille betrachtet werden.

Uns fehlten zum Beispiel Aussagen zu der Umsetzung des Teilhabeplanes für Menschen mit Behinderung, zur Prävention im Kinder- und Jugendbereich, zu den Auswirkungen von Niedriglöhnen oder Lohndumping.

Im Jahr 2008 haben wir den Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung beraten und beschlossen. Für die SPD-Fraktion hatte und hat insbesondere die Aufarbeitung der Angebotsdefizite im nördlichen Teil des Alb-Donau-Kreises, die Umsetzung der Empfehlungen im Bereich der Frühförderung und Integration von Kindern und die Angebote für Familien unterstützende Hilfen hohe Priorität.

Während der Vorbereitungen in den Ausschüssen konnten wir feststellen, dass der Teilhabeplan nicht in Vergessenheit geraten ist. Es wurden Mittel im Haushalt eingestellt. Ein Bericht zum Stand der Umsetzung wurde für das Jahr 2010 zugesagt. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung entsprechend des im Oktober 2008 beschlossenen Konzeptes und Zeitplanes erfolgt ist.

Das Thema Prävention im Kinder- und Jugendbereich benötigt aus unserer Sicht weiterhin

große Aufmerksamkeit. Der Handlungsbedarf ist nach wie vor groß. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Zunahme von Gewalt, mit öffentlichen Alkoholexzessen Jugendlicher. Auch bei der Bekämpfung von Sucht und Radikalismus dürfen wir nicht nachlassen.

**Wir unterstützen deshalb alle Anstrengungen des Landkreises in diesem Bereich voll und ganz.**

Was haben wir als Landkreis mit Niedriglöhnen oder Lohndumping zu tun? Die Auswirkungen führen dazu, dass davon betroffene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer öfter als sogenannte "Aufstocker" zusätzliche Hartz IV-Unterstützung benötigen. Dies schlägt sich direkt in unserem Sozialetat nieder. Es muss Schluss damit sein, dass die Allgemeinheit Dumpinglöhne von Unternehmen mit Steuermitteln aufstocken muss, um Menschen ein Mindesteinkommen zu sichern.

Der Personenkreis der "Aufstocker" kann längerfristig keine ausreichenden Rentenanprüche aufbauen. Er landet damit absehbar in der Grundsicherung, das heißt, im Sozialetat des Landkreises. Die "Aufstocker" von heute sind die Armen von morgen. Dass die betroffenen Menschen den Satz: "Leistung muss sich lohnen" als herabwürdigend und zynisch empfinden,

können wir gut nachvollziehen.

**Sie leisten gute Arbeit, aber mit dem Lohn für diese Arbeit können sie sich und ihre Familien nicht ernähren! Wir sagen, dies darf eine Gesellschaft so nicht akzeptieren.**

#### ● Bildung

S tichwort Neue Werkrealschulen: Die Schulpolitik des Landes will ich nicht besprechen, obwohl es vieles dazu zu sagen gäbe. Die Zuständigkeit und Verantwortung dafür liegt nicht bei uns. Für uns als Landkreis gibt es aber Folgen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Deshalb müssen einige Fakten mit direktem Bezug zu unserem Kreis erwähnt werden:

Die Bildung von neuen Werkrealschulen geht einher mit einer Konzentration der Schulen auf weniger Standorte. Gemeinden, die heute noch Hauptschulen haben, haben als Folge der Konzentration morgen eventuell nicht mehr genutzte Schulgebäude. Nicht unerhebliche Investitionen der Vergangenheit sind damit infrage gestellt.

Eine weitere Folge ist die absehbare Zunahme der Schülerverkehre. Es ist jetzt schon sichtbar, dass nicht alle Standorte von Werkrealschulen mit optimalen Verbindungen im ÖPNV-Netz untereinander verknüpft sind. Ob, und wenn Ja, welche Folgen daraus für den Landkreis entstehen, ist noch nicht



absehbar.

**E**benso berührt ist unsere Satzung zur Regelung der Schülerbeförderungskosten. Die neuen Werkrealschulen sind als Wahlschulen definiert. Diese werden in unserer Satzung bisher anders behandelt als die Hauptschulen, die sogenannte Pflichtschulen sind. Hier muss schnell für Klarheit gesorgt werden, damit die Eltern wissen, welche Kosten mit der Schülerbeförderung eventuell auf sie zukommen.

**E**in weiteres nicht gelöstes Problem stellen die zwei Pflichttage in beruflichen Schulen verbunden mit der Wahlfreiheit der Eltern und Schüler aus unserer Sicht dar. Wie können bzw. wollen wir dies mit unserer bestehenden Schullandschaft abdecken? Die Aussage der Schulbehörde, es sei ja noch 2 Jahre Zeit, deutet eher auf Aussitzen des Problems, aber nicht auf das Angebot von Lösungen hin.

#### • ÖPNV

**D**er ÖPNV wird, wie die Fahrgastzahlen belegen, immer besser genutzt. Trotzdem besteht Bedarf, unseren ÖPNV, und darin besonders die Bahnverbindungen, zu verbessern. Herr Riedl vom Regionalverband Donau-Iller hat dazu Vorstellungen im Kreistag vorgebracht. Es stellte sich heraus, dass die Städte und Gemeinden mit Bahnanschluss bisher ihre berech-

tigten Anliegen in den Planungsprozess nicht einbringen konnten. Hier muss unbedingt nachgebessert werden.

#### • SPD-Anträge

**D**ie SPD-Fraktion hat zur Beratung des Haushaltes für das Jahr 2010 drei Anträge gestellt. Mit unserem Antrag

#### **"Prüfung zur Einrichtung weiterer dezentraler KFZ-Zulassungsstellen"**

wollen wir die Möglichkeit zur Ausweitung wohnortnaher Angebote von Kreisdienstleistungen geprüft haben. Nach der Beratung im Ausschuss wurde eine entsprechende Prüfung zugesagt. Ermutigt zu diesem Antrag wurden wir auch durch Ihre Rede, Herr Landrat. Dort sagten Sie (Zitat):

"All das aber, was die Gemeinde - oder auch ein Gemeindeverbund - besser machen kann, sollte der Kreis nicht an sich ziehen. Das beginnt bei der Schulsozialarbeit und hört auf beim örtlichen Mülleinsammeln - um nur zwei Beispiele zu nennen".

Unsere zwei weiteren Anträge haben EU-Themen zum Inhalt:

#### **Europa, besonders die Europäische Union, gewinnt auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung.**

Die europäische Gesetzgebung wirkt sich in erheblichem Umfang direkt oder

indirekt auf die Kommunen aus. Richtlinien und Verordnungen spielen in nahezu 70 % aller kommunalen Entscheidungen eine Rolle. Beispielsweise bei Ausschreibungen oder auch bei der Übernahme von Bürgschaften. Auch durch europäische Förderprogramme, die genutzt werden können, wenn man nur weiß, wie.

**Z**u einer effektiven und erfolgreichen Wirtschafts- und Tourismusförderung gehört für uns, dass auch alle Themen, die mit der EU zusammenhängen, intensiv verfolgt werden, um daraus den entsprechenden Nutzen ziehen zu können.

#### **Antrag 1:**

#### **Prüfung der Mitwirkung bei der Entwicklung einer europäischen Donaustrategie.**

**Z**urzeit wird auf EU-Ebene eine Strategie für den Donaauraum entwickelt. Im Frühjahr 2010 findet dazu in Ulm eine Konferenz statt. Da wir ein Teil dieses Donaoraumes sind, sollte der Alb-Donau-Kreis alle seine Möglichkeiten nutzen, sich aktiv in diese europäische Strategiediskussion bezüglich des Donaoraumes einzubringen.

**W**ir wollen deshalb geprüft haben, in welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen eine Mitwirkung des Alb-Donau-Kreises bei der Erarbeitung der europäischen Donaustrategie möglich ist, da-





mit unsere Interessen dort Berücksichtigung finden.

#### Antrag 2:

#### Einrichtung eines Europabüros in der Kreisverwaltung

Für einen Landkreis wie den Alb-Donau-Kreis ist es sehr wichtig, die Entwicklungen auf europäischer Ebene aufmerksam zu verfolgen und auf ihre Bedeutung für den Landkreis und seine Gemeinden hin zu überprüfen. Es ist nach unserer Ansicht ebenso wichtig im Landratsamt eine zentrale Informationsstelle bzw. Ansprechstelle für unsere Städte, Gemeinden, aber auch für Vereine, Wirtschaft und gemeinnützige Organisationen zu haben. Diese Stelle mit Zugang zu aktuellen EU-Informationen, Rechtsvorschriften und Ausschreibungen und zu EU-Förderprogrammen soll entsprechende Informationen bündeln und weitergeben. Einzelheiten dazu haben wir in unserem Antrag beschrieben. Als Ergebnis unserer Beratungen in der Fraktion und der Beratungen in den Ausschüssen des Kreistages stelle ich für SPD-Fraktion fest:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2010 stellt die Arbeit des Landkreises sicher.

#### Die Senkung der Kreisumlage um einen Punkt belässt den Städten und Gemeinden Mittel, die dort dringend benötigt werden.

Mit dem Verwaltungshaushalt wird eine Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet, mit der ein Investitionsprogramm von 28 Mio. Euro ohne große Nettoneuverschuldung bewältigt werden kann.

#### Der vorgelegte Haushalt ist aus unserer Sicht aus- gewogen. Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt für das Jahr 2010 in der heute vorgelegten Form zustimmen.

Meine Rede beenden möchte ich mit dem Dank der SPD-Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Einen besonderen Dank möchten wir in diesem Jahr an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdezernates aussprechen. Ihre nicht leichte Ar-

beit, die sie immer wieder mit menschlichen Schicksalen konfrontiert, verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Wir bedanken uns auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen unserer Krankenhaus GmbH und in den Pflegeheimen. Wir sagen Dankeschön für ihre engagierte und nicht immer einfache Arbeit, die sie dort Tag für Tag zum Wohle der Patientinnen und der Patienten leisten.

Bei Herrn Neumeister und der gesamten Geschäftsleitung unserer ADK-GmbH für Gesundheit und Soziales möchten wir uns zudem für die große Kraftanstrengung, die mit der Eingliederung der Laidinger Einrichtungen verbunden war und noch ist, bedanken.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion  
Günter Neubauer  
Fraktionsvorsitzender ■



#### Aus dem "Gemeindebuch Griesingen": Vom FW zum UL - EHI ade!

Auf Fotos von Autos der ersten Nachkriegsjahre erkennt man noch das schwarz-weiße Autokennzeichen mit FW am linken Rand: "Französisches Württemberg". Das heißt, Griesingen gehörte zur französischen Besatzungszone, während Ulm amerikanisch besetzt war, Kennzeichen AW, "Amerikanisches Württemberg". Einem Griesinger Gewährsmann zufolge waren die französischen Besatzungssoldaten häufig dunkelhäutige Marokkaner. Es wurde offenbar erfreulicherweise nichts von Tötlichkeiten und Übergriffen irgendwelcher Art bekannt. Abb.: Das Kennzeichen zeigt links untereinander die beiden Buchstaben FW für Französisches Württemberg, die 08 steht für den damaligen Kreis Ehingen. Die Autokennzeichen neuerer Art wurden erst später eingeführt, und dann lauteten sie für Griesingen "EHI" (Landkreis Ehingen). Manchmal sieht man noch alte landwirtschaftliche Fahrzeuge mit dieser Nummer fahren. Mit der Kreisreform 1973 wurde der ab jetzt Altkreis genannte Kreis Ehingen dem neu gebildeten Alb-Donau-Kreis zugeschlagen. Weil das Landratsamt auf fremdem, nämlich Ulmer Gebiet erbaut wurde, hielten es die zuständigen Politiker für richtig, dem neuen Kreis wie der Stadt Ulm gemeinsam das Kennzeichen "UL" zuzuweisen, wobei Ulm selbst bekanntlich gar nicht zum Alb-Donau-Kreis gehört. ■



Zur aktuellen Lage in Haiti - und bei uns

# Haiti - eine traurige Geschichte ...

... aber zugleich ein Beispiel dafür, wie notwendig öffentliche Daseinsvorsorge ist. Schwere Erdbeben erschütterten Mitte Januar den Inselstaat Haiti. Bilder fast völliger Zerstörung werden uns über die Medien ins Haus getragen. Am 16. 1. titelt die Schwäbische Zeitung: "Helfer fürchten den Zorn der Verzweifelten". Berichte von geplünderten Lagern der UN- Welternährungsorganisation wurden zwar noch zurückgewiesen, aber die Sicherheitslage sei angespannt (Südwest-Presse). Wie kann es zu einer solch bedrohlichen Situation kommen?

## Staatsform in Haiti

"Nach der Verfassung vom 28. April 1987 ist Haiti eine präsidentiale Republik. Staatsoberhaupt und oberster Inhaber der Exekutivgewalt ist der auf 5 Jahre vom Volk direkt gewählte Staatspräsident. Er ernennt den Ministerpräsidenten, der vom Parlament bestätigt werden muss. Die Legislative liegt beim Zweikammer-Parlament, bestehend aus Senat (27 Mitglieder, welche für 6 Jahre gewählt werden) und Abgeordnetenhaus (mit 83 Abgeordneten, die auf 4 Jahre gewählt werden).

## Haiti ist derzeit zweifellos ein schwacher Staat,

Als schwacher Staat (synonym: fragile Staatlichkeit) werden Regime eines Staates bezeichnet, die bestimmte, als notwendig für das Staats- und Gemeinwohl erachtete Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nur noch in einem unzureichenden Maße erfüllen. Eine

verbindliche Definition eines schwachen Staates gibt es nicht. Die Zuschreibung erfolgt anhand der Summe einzelner, nicht standardisierter Charakteristika, die als Maßstäbe zur Beurteilung angewandt werden. Als typische Eigenschaften schwacher Staaten gelten:

- Das fehlende Gewaltmonopol des Staates innerhalb seines Staatsgebietes, weil es lokalen Machtzentren gelungen ist, Gegenautoritäten aufzubauen. Es mangelt dem Staat an der Fähigkeit, für die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Die Folge ist eine Aufspaltung in ethnische, religiöse oder sonstige gesellschaftliche Gruppen.
- Defizite bei der Legitimität. Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeit zur politischen Partizipation des Bürgers (Souveränität) sind nur begrenzt vorhanden. Stattdessen überwiegen klientelistische Verteilungssysteme (Vetternwirtschaft).
- Das Unvermögen des

Staates, seinen Wohlfahrtsaufgaben nachzukommen. Die Einnahmen sind gering, da der Staat mit seiner Finanzpolitik und Verwaltung nur unzureichend in der Lage ist, Steuern einzutreiben.

In den 1990er Jahren wurde der Begriff der "gescheiterten Staaten" für besonders schwache Staaten geprägt, die nun auch als Gefahrenquelle für die internationale Gemeinschaft erkannt wurden (Flüchtlingsbewegung, Terrorismus). Legitimität, Gewaltmonopol und Wohlfahrt sind bei einem gescheiterten Staat nicht mehr vorhanden. Nach Einschätzung des Fund for Peace hat sich das Land 2009 gegenüber den Vorjahren in mehreren Kriterien verschlechtert und ist nach Einschätzung von Foreign Policy sogar ein gescheiterter Staat

## Innenpolitik

Die innenpolitische Situation in Haiti war in den letzten Jahrzehnten durch wiederholte Krisen wie Staats-



■■■ Fortsetzung von Seite 19 — Haiti

streiche, ausländische Interventionen und/oder Diktaturen mit Ausbrüchen von gewalttätigen Konflikten, Verletzungen der Menschenrechte und chronische Instabilität gekennzeichnet.

Der am 29. Februar 2004 zurückgetretene Präsident Jean-Bertrand Aristide hat Interims-Präsident Alexandre Latortue ein Land im Chaos hinterlassen. Rechtsstaatliche Ordnung, institutionelle Strukturen und kollektive Verhaltensregeln fehlen weitgehend. Hinzu kommt ein Panorama an Korruption, Straffreiheit, Wahlbetrug, Existenz kriminalisierter Banden, Drogenhandel und die Bereitschaft, Konflikte gewaltsam auszutragen.

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Das Land ist ein überbevölkerter Agrarstaat mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas. In der Hauptstadt Port-au-Prince kommt es gehäuft zu Entführungen, Schießereien, Raubüberfällen und Drogenhandel.

### **Von den rund achteinhalb Millionen Einwohnern leben über 65 Prozent unterhalb der absoluten Armutsgrenze.**

Rund 50 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos, ebenfalls die Hälfte der Bevölkerung ist unterernährt. Ebenfalls bei 50% liegt die Analphabetenquote, obwohl eine sechsjährige Grund-

schulpflicht besteht. 1995 waren 55 % der Bevölkerung Analphabeten.

Quelle: Wikipedia

### **Was hat Haiti und die Situation nach dem Erdbeben mit uns zu tun?**

Abgesehen von allgemein menschlicher Anteilnahme am Schicksal dieser Menschen veranlasste mich dieses Ereignis zu folgenden Gedanken:

Seit Jahren fordert die SPD in all ihren Programmen den starken Staat. Mancher könnte dabei aber auf völlig falsche Gedanken kommen.

### **Ein starker Staat ist nicht ein Staat, der diktatorische Strukturen hat, sondern ein Staat, der in der Lage ist, für seine Menschen eine öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und sichern zu können.**

Am Schicksal der Menschen in Haiti wurde mir erst wieder bewusst, was es heißt, wenn ein Staat darauf achtet, dass zum Beispiel die Baurichtlinien für Erdbebenschutz eingehalten werden. Oder wenn sich ein Staat für die Infrastruktur verantwortlich fühlt: Straßen, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Energieversorgung.

Oder was es bedeutet, wenn ein Staat (Gemeinwesen) sich für gute Bildungsmöglichkeiten verkämpft. Oder wenn ein Staat für eine gerechte Gesundheitspolitik sorgt. Oder wenn ein Staat unter Beachtung

der Trennung der Gewaltmonopole für gerechte und verlässliche Gesetzesinhaltung Gewähr gibt.

Seit Ablösung der großen Koalition im Herbst letzten Jahres hege ich immer wieder Zweifel daran, ob die jetzige Regierung Garant für einen starken Staat sein will, oder ob unser Land nicht in eine andere Richtung getrieben (geschoben) werden soll.

### **Ich hör jetzt schon manchen rufen:**

"Nein - bei Weitem nicht! Wo denkst du denn hin? Diese Regierung will nur wieder dem Einzelnen mehr Verantwortung zurückgeben. Jeder Mensch ist doch selbst verantwortlich, ob er die Gesundheitsfürsorge in kleinerem oder in größerem Umfang nutzen will. Er kann sich ja z. B. freiwillig Leistungen zukaufen. Verbietet ihm ja keiner."

### **Und weiter höre ich rufen:**

"Oder nehmen wir die Bildung. Es kann doch jeder jederzeit an eine Privatschule gehen, wenn ihm das Angebot in einer öffentlichen Schule nicht passt."

Ja - in manchen Bundesländern würden das sehr gerne viele Menschen tun - wenn sie denn das Geld hätten - denn die Kommunen sind teilweise so verschuldet, dass sie zum Beispiel die Schulgebäude nicht in einem ordentlichen Zustand halten können. Wir leben diesbezüglich übrigens zumindest in großen Teilen des Alb-Donau-Kreises auf einer "Insel



der Seligen". Die Frage ist nur: wie lange noch?

Wenn die Steuersenkungsvorstellungen der FDP durchgesetzt werden, wird manche Kommune und manches Land auch in diesen Bereichen noch mehr sparen müssen, als sie es bisher schon getan haben.

Ich habe es schon öfters erwähnt:

**Mich macht es einesteils wütend, andererseits aber traurig - wenn ich Menschen höre, die sich beklagen, dass der Staat den Steuerzahler abzocke.**

Klar, keiner gibt allzu gerne etwas von seinem Besitz ab, wenn es nicht sein muss. Aber vielleicht klingt es jetzt überheblich - und mancher sagt sich - naja, die kann's sich ja auch leisten - ich gebe gerne dem Staat meine Steuern, wenn ich damit einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge leisten kann.

Ich gab mein Geld nicht gerne, als damit noch sehr viel Geld in Aufrüstung floss. Ich gebe mein Geld nicht gerne, wenn damit Klientelpolitik betrieben wird. Aber ich fühle mich dem Staat verpflichtet, meinen Beitrag zu leisten, damit er dafür ein Garant sein kann, dass bei uns lebenswichtige Dinge, die zur

menschenwürdigen Teilhabe an der Gesellschaft befähigen, für alle Menschen zugänglich sind. Dass das leider noch nicht in allen Bereichen erreicht wurde und wird, habe ich in meinem letzten Beitrag zum Thema Werkrealschule dargelegt.

**Mein Wunsch wäre es, dass die OECD auch möglichst bald feststellen könnte, dass in Deutschland Bildungschancen eben nicht wie bisher vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.**

Mal sehen, ob die neue Regierung ihr selbst formuliertes Ziel ernst nimmt: "Mehr Chancengerechtigkeit" oder ob es am Ende doch heißt: "Alle Menschen sind gleich, aber manche sind eben gleicher".

Eine große Mehrheit in der Bevölkerung ist laut Umfragen ja auch bereit, auf Steuersenkungen zu verzichten. Weshalb nimmt die Regierung diese Chance nicht wahr?

**So kann man auch Staatsverdrossenheit befördern - wenn man die Bereitschaft der Menschen nicht ernst nimmt.**

Zurück zu Haiti: Nirgends auf der Welt sind wir vor Naturkatastrophen sicher. Dort nicht und auch bei uns nicht. ■

Aber wenn eine demokratisch gewählte Regierung mit funktionierender Gewaltenteilung und nicht korrupten Organisationen vorhanden wäre, könnten die Hilfsorganisationen schneller vorwärts kommen.

Und wenn ein vorsorgender Staat durch Vorsorge (Bau Richtlinien, Straßen, Bildung...), aber auch durch fest installierte, gut ausgebildete und hoch motivierte Helfer/-innen (THW, Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophenschutz zuständige und deren Pläne) dazu beitragen würde, dass die Menschen gerade in so stark gefährdeten Zonen unserer Erde mehr von der modernen Technik (zum Beispiel erdbebensichere Bauweise) teilhaben könnten, wäre das Elend sicher nicht in solchen Ausmaß zu bedauern.

Alle Naturkatastrophen in den letzten Jahren forderten gerade unter den ärmsten der Armen die größten Opfer, so auch diesmal wieder auf Haiti.

Ist die Würde des Menschen wirklich unantastbar - vor allem die Würde aller Menschen? Ich habe da so meine Zweifel! Auch und gerade bei den seltsamen Plänen der derzeitigen Bundesregierung. ■

Aus dem "Gemeindebuch Griesingen": Leibeigene, Seldner, Beisitzer - Stadluft macht frei

Weitaus der größte Teil der Bevölkerung in Europa lebte im Mittelalter als Bauern auf dem Land. Die meisten von ihnen waren Leibeigene (Hörige) eines Grundherrn. In Griesingen waren dies über Jahrhunderte die Grafen von Freyberg aus Öpfingen. Für diese mussten die Griesinger anfangs vor allem die Felder bestellen und Transportdienste leisten, beides auch Frondienste genannt. Als das Geld aufkam, wurden bis zum 14. Jahrhundert die Frondienste häufig durch Abgaben ersetzt. Für das Nutzungsrecht an einem Stück Land oder einem Gebäude, das ihm der Grundherr überließ, musste der Leibeigene diesem beträchtliche Zinsen in Form von Geld oder Produkten zahlen. Solche Abgaben waren auch zu entrichten, wenn ein Höriger heiratete oder starb, und auch die Kirche forderte ihren Zehnt, (ursprünglich ein "Zehntel" der Erträge). ■



[Schlecker und die Meldungen zu Leiharbeitsfirmen und Dumpinglöhnen](#)

## Entdeckt die jetzige Regierung ihr soziales Gewissen oder ist es nur populistischer Aktionismus?

Seit Jahren bietet das Ehinger Unternehmen Schlecker immer wieder Stoff auch für unerfreuliche Schlagzeilen. So auch wieder in der vergangenen Woche! Was war geschehen? Die Geschäftsleitung des Familienunternehmens Schlecker kündigte zum Jahresende an, dass es sich aus dem Lebensmittelbereich zurückziehen werde. Die wenigen großen Supermärkte wurden an Kaufland verkauft. So weit so gut - geschieht jeden Tag irgendwo.

Trotzdem ist es hier etwas anderes. Warum?

**In Ehingen selbst betrieb Schlecker zusätzlich noch zwei kleinere Einkaufsmärkte - einen im Wenzelsteingebiet und einen in der Innenstadt.**

Diese zwei Märkte übernahm Schlecker vor ein paar Jahren, als sich nämlich COOP aus diesen kleineren Segmenten zurückzog und sich eine Versorgungslücke vor allem für ältere Menschen zeigte. Damals waren die Kunden dieser zwei Geschäfte sehr zufrieden und äußerten teilweise sogar ihre Dankbarkeit dafür, dass Schlecker - ein Ehinger Unternehmen - die Menschen nicht im Stich ließ. Das war einmal!

Wahrscheinlich haben die Kunden aber dabei vergessen, dass Schlecker ein Unternehmen mit rein wirtschaftlichen Interessen ist, das nicht aus Liebe zu den Menschen diese zwei Geschäfte weiter betrieb. Aber warum eigentlich nicht? Ja - diese Frage stellt sich

immer wieder und diese Frage möchte ich auch gerne der Familie Schlecker stellen.

Der jetzige Firmeninhaber und seine Kinder sind alle einmal zu uns in eine Ehinger Schule gegangen. Dort wurden auch Grundlagen für ihr Weiterkommen gelegt. Heute sind auch beide Kinder (inzwischen schon längst erwachsen) vermutlich mit im Unternehmen tätig.

Wäre es wirklich so schlimm und finanziell wirklich nicht leistbar - wenn das Unternehmen - auch aus Bindung an seine Heimatstadt und deren Bürgerinnen und Bürger in diesen zwei Geschäften - vielleicht in Form einer Kooperation - weiterhin ein umfassenderes Warenangebot garantieren würde? Es würde sicher dem Ansehen der Firma dienen! Und die Ehinger wären vielleicht sogar auf ihren Bürger und dessen Familie ein klein wenig stolz.

Und eine Imageaufpolierung, gerade zum jetzigen

Zeitpunkt, könnte das Unternehmen schon vertragen, oder?

**Und nun zum Anlass der neuerlichen negativen Schlagzeilen oder was hat dies alles mit der jetzigen Regierung zu tun?**

Ich sehe, so oft es mir die Zeit erlaubt, die politischen Talkshows mit Maybrit Illner und Anne Will an. Immer wieder haben dort Gewerkschaftsvertretungen oder Sozialdemokraten den Umgang der Firma Schlecker mit ihren Beschäftigten kritisiert. Der Aufschrei verhallte - meist ohne größere Verbesserungen. Offensichtlich konnte oder wollte nie jemand die Situation so richtig zum Guten wenden.

Konkreter Anlass neulich war die Information, dass Schlecker einen großen Teil seiner Mitarbeiter/-innen aus den bisherigen Filialen entlassen habe und diese nun über eine eigene Leiharbeitsfirma (Zeitfirma) in seinen neunten XL-Läden bei einer viel geringeren Entlohnung wieder befristet eingestellt habe. Wenn dem so ist, wäre



das leider nach der derzeitigen Gesetzeslage sogar völlig legal.

Schließlich hatte die CDU in der vorherigen Regierungskoalition einem branchenverbindlichen Lohn nicht zugestimmt.

Jetzt kommt Ministerin Frau von der Leyen und siehe da - sie wird sich persönlichst darum kümmern, dass die angeprangerten Missstände beseitigt werden.

Schön für die Bediensteten! (Allerdings wird das eigentliche Problem - nämlich dass Menschen von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben können - auch durch einen Mindestlohn von 7,50 Euro - nicht gelöst. Dazu ein andermal. Siehe auch <http://www.handelsblatt.com/politik/>

Es ist schon erstaunlich, welche Wirkung so eine "Unterhaltungssendung" haben kann - wenn es denn die Medien für richtig erachten. Aber es macht mir auch Angst - weil ich nicht davon ausgehe, dass die Gewerkschaften - der Unterstützung durch den vorhergehenden SPD-Arbeits-

minister sicher - alles erdenklich Rechtstaatliche versucht werden haben, um diese unsoziale Ungerechtigkeit zu verhindern.

Wenn jetzt doch etwas in der Lohnpolitik geschah oder geschieht - dann stellt sich mir die Frage: warum erst jetzt? Hat das Unternehmen Schlecker Angst vor dem öffentlichen Druck einer CDU-Ministerin und ruderte deshalb von sich aus sofort zurück?

**Oder ist es nur ein populistischer Schachzug von Frau von der Leyen und die Firma Schlecker gründet morgen eine neue Zeitarbeitsfirma und betreibt eine ähnliche Lohnpolitik weiter? Wir werden (vielleicht) sehen.**

Eine Frage aber bleibt - egal wie's weiter geht - offen:

Wo sind die Unternehmer/innen, die noch wissen, dass ihr Reichtum ohne die Arbeit der Bediensteten und ohne die Bereitstellung von der Allgemeinheit geschaffener Infrastruktur nicht möglich geworden wäre? Weshalb vergessen manche von

ihnen so gerne, dass daraus auch eine soziale Verantwortung entsteht?

Ich wünschte mir mehr Unternehmer/innen, die nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sind, sondern sich auch durch soziale Kompetenz auszeichnen.

Ich weiß, es gibt sie - und manche von ihnen engagieren sich zum Beispiel in der lokalen Agenda, indem sie sich für die berufliche Qualifizierung junger Menschen einsetzen. Auch das Ehinger Projekt "Alt hilft Jung" ist ein schönes Beispiel dafür.

Vielleicht denkt Herr Schlecker gelegentlich bei einem seiner (wie man hört) wenigen Freundesbesuche mit seinen Freunden darüber nach, wie sein Ruhm nachhaltig sein könnte. Nicht dass es einmal heißt, ein Mann ohne soziale Kompetenz (früher nannte man das Gewissen) statt doch besser ein Vorbild für die Jugend.

Es ist nie zu spät, einen anderen Weg zu wählen. Die Geschichte wird darüber zu befinden wissen.



Aus dem "Gemeindebuch Griesingen"



Abb. von links obere Reihe: moderne bodennahe Gülleausbringung - Hochwasser - Opel Doktorwagen - EuroVelo 6: europ. Fernradwanderweg Atlantik-Donaumündung  
untere Reihe: Bettflaschen, die linke aus Ton, vom Hafner gefertigt - Pflugspaten für Bauern, die sich keinen Pflug leisten konnten - Quellekatalog 1979 - Griesingen war auch dem Ehinger Spital zinspflichtig



# Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

 <b>Dienstag</b> s-Treff öffentliche Mitgliederversammlung	
<b>2.</b>	<b>Schwert Egingen</b>
<b>Februar</b>	<b>20.00 Uhr</b>
<b>Themensammlung für 2010</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Aktuelle Viertelstunde</li> <li>● Aktuelles aus dem Gemeinderat Egingen</li> <li>● Aktuelles aus dem Kreistag</li> <li>● Verschiedenes</li> </ul>	
Nächster Dienstagstreff: 02. März 2010 Gaststätte Schwert	

<b>Öffentliche Veranstaltung</b>	
<b>17.</b>	<b>Rittersaal im Alten Spital Spitalstraße 6 Schelklingen</b>
<b>Februar</b>	<b>19.30 Uhr</b>
<b>■ Politischer Aschermittwoch</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>● Hilde Mattheis MdB                         <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aktuelles aus Bund und Land</li> <li>- Schwarz-Gelbe Kompetenz?</li> </ul> </li> <li>● Aussprache</li> </ul>	



**... solange die Endlagerung nicht geklärt ist.**

### SPD-Appell an Schlecker

Die SPD hat besonders perfide Lohnrückerei bereits seit längerem thematisiert. Ein gemeinsames Schreiben von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel und SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles an Firmenchef Anton Schlecker hat dieser bis heute nicht beantwortet.

**Astrid Klug,**  
**Bundesgeschäftsführerin der SPD**

14. Januar 2010 - 11:27

's Rote Füchslé (auch?) per E-Mail: [Rotes.Fuechslé@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechslé@t-online.de)  
 Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Füchslé genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.